



Geschäftsbericht

4. März 2012 bis 2. März 2013

Kreisvorstand des FDP-Kreisverbandes Düsseldorf



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und -freunde,



wir blicken auf ein arbeitsreiches aber auch erfolgreiches Jahr zurück. In Nordrhein-Westfalen haben wir uns erfolgreich der Herausforderung der kurzfristig vorgezogenen Landtagswahlen gestellt. Diese haben uns personell als auch finanziell großes Engagement abverlangt. Auf unseren in kürzester Zeit auf die Beine gestellten Wahlkampf auf Düsseldorfs Straßen, Plätzen und Veranstaltungsräumen und auf das Resultat können wir stolz sein. Zu unserem Ergebnis von 8,6 Prozent in Nordrhein-Westfalen für die FDP haben wir mit 12,7 Prozent in Düsseldorf überproportional beigetragen. Aus unserem Kreisverband konnte Dr. Robert Orth wieder in den Landtag einziehen, um mit einer starken liberalen Fraktion und konstruktiver Oppositionsarbeit die Regierungskoalition zu kontrollieren. Unser Dank gilt auch den Düsseldorfer Direktkandidaten Dr. Veronika Dübgen, Rainer Matheisen und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann für ihren Einsatz im Wahlkampf. Unser gemeinsamer Erfolg in Nordrhein-Westfalen hat uns gestärkt, um auch dem anstehenden Bundestagswahlkampf 2013 motiviert entgegenzusehen. Ich freue mich, dass der Kreisverband Dr. Gerhard Hansen und mir das Vertrauen ausgesprochen hat, für die Düsseldorfer Liberalen in den Ring für Berlin zu steigen.

Auf Bundesebene hat die FDP sich nicht nur weiter den Herausforderungen der Euro-Krise gestellt. Als Vorbild für ganz Europa haben wir im Jahr 2012 einen Bundeshaushalt auf den Weg gebracht, der die Ausgaben für 2013 noch weiter senkt, so dass wir früher als geplant die gesetzliche Schuldenbremse einhalten. Trotzdem haben wir im letzten Jahr weitere Entlastungen für die Bürger erreicht, wie zum Beispiel noch mehr Bürokratieabbau, die Absenkung des Rentenversicherungsbeitrages und die Abschaffung der Praxisgebühr. Als einzige Partei haben wir ein Konzept für ein neues Erneuerbare-Energien-Gesetz vorgelegt. Besonders stolz bin ich als innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion natürlich darauf, dass wir die Stiftung Datenschutz für Aufklärung und Bildung im Datenschutzbereich endgültig auf den Weg gebracht haben.

Auch in Düsseldorf haben uns viele Themen neben dem Wahlkampf beschäftigt. Mit Tatkraft haben wir zum Beispiel die Bürgerinitiative der Benderstraße unterstützt und uns unter anderen den Themen Radverkehr und Sicherheit in Düsseldorf angenommen. Die Landtagsfraktion haben wir mit Aktionen vor Ort bei ihrem Widerstand gegen die Diskriminierung von Rauchern in NRW unterstützt. Zur Schadowstraße hat der Ortsverband 1 die Bürger befragt und wir haben mit Alexander Alvaro über neue Möglichkeiten der Kommunikation diskutiert. Mit Ihrer aller Unterstützung waren wir Gastgeber der Sommertour der FDP-Bundestagsfraktion und haben zahlreiche Ortsparteitage, Informationsabende und -rundgänge veranstaltet. Nicht ohne Stolz durften wir Dr. Veronika Dübgen zur Verleihung des Bergischen Löwen gratulieren.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ein solches Engagement kann man nur gemeinsam auf die Beine stellen, so wie wir das getan haben. Für Ihren persönlichen Einsatz und Ihren Zusammenhalt danke ich Ihnen allen herzlich. Unsere Erfolge sind der Verdienst jedes Einzelnen von Ihnen. Für das neue Jahr wünsche ich mir, dass wir hieran anknüpfen und weiter gemeinsam stark sind. Es warten wieder große Herausforderungen auf uns. Nun gilt es darum zu kämpfen, dass wir Liberale auch auf Bundesebene weiter schlagkräftig gegen Bevormundung und Staatsgläubigkeit und für eigenverantwortliches Handeln eintreten können. Lassen Sie uns 2013 zusammen zu einem Erfolgswort machen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gisela Piltz'.

Gisela Piltz MdB

- Kreisvorsitzende -

Geschäftsbericht des Kreisvorstandes

für die Zeit vom 04. März 2012 bis 02. März 2013

Inhalt

1. Vorstand
2. Kreisparteitag, Kreishauptausschuss und sonstige
Veranstaltungen
3. Öffentlichkeitsarbeit
4. Beschlüsse des Kreisverbandes
5. FDP Ratsfraktion
6. Ortsverbände
7. Junge Liberale
8. Geschäftsstelle
9. Frauen im Kreisverband
10. lib'elle
11. Arbeitskreise

1. Vorstand



Der neue Kreisvorstand der FDP Düsseldorf

Die Mitglieder des Vorstandes nahmen an zahlreichen Veranstaltungen teil, u.a. Kreisvorstandssitzungen, Betreuung der Neumitglieder, Sommerfeste, Sitzungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene. Der geschäftsführende Kreisvorstand setzt sich zusammen aus Gisela Piltz, Dr. Robert Orth, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Klaus Burkhardt und Dr. Gerhard Hansen. Beisitzer sind Michael Dimitrov, Peter Dietlmaier, Ulf Montanus und Jan Matthes. Kooptierte Mitglieder sind Dr. Burkhard Hirsch, Manfred Neuenhaus, Alexander Alvaro, Margitha Rauchbach, Mirko Rohloff und Sascha Henrich.

Im Bezirksvorstand sind die Düsseldorfer Liberalen durch Dr. Robert Orth, Michael Dimitrov, Rainer Matheisen, Alexander Alvaro MdEP, Gisela Piltz MdB, Dr. Burkhard Hirsch, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Klaus Burkhardt vertreten. Gisela Piltz, Dr. Robert Orth, Alexander Alvaro und Moritz Kracht (Pressesprecher NRW) nehmen unsere Interessen im Landesvorstand, Gisela Piltz und Alexander Alvaro im Bundesvorstand wahr. Dr. Burkhard Hirsch war in der Programmkommission der Bundespartei. Gisela Piltz MdB wurde in die Kommission zur Vorbereitung des Wahlprogramms der FDP zur Bundestagswahl 2013 berufen. Alexander Alvaro ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Präsidiumsmitglied der FDP.

10 Vorstandssitzungen, davon eine Klausurtagung gemeinsam mit den Ortsvorsitzenden und mit den Ratsmitgliedern der FDP, dem Vorsitzenden der Jungen Liberalen und den Sprechern der Bezirksvertretungen 1 bis 10 fanden im Berichtsjahr statt.

Im Berichtszeitraum konnten wir 53 neue Mitglieder aufnehmen. Der Verlust durch Wegzüge, Todesfälle und Austritte beläuft sich auf 48. Im Durchschnitt sind ca. 560 Mitglieder zu verzeichnen.

2. Kreisparteitag, Kreishauptausschüsse und sonstige Veranstaltungen

2.1 Kreisparteitag



Bijan Djir-Sarai MdB

Am 03. März 2012 fand der ordentliche Kreisparteitag in der Handwerkskammer in Düsseldorf statt. Gastredner: Bijan Djir-Sarai MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Afghanistan der FDP-Bundestagsfraktion. Die einzelnen Tagungsordnungspunkte waren:

- Ehrung von Mitgliedern
- Rede Bijan Djir-Sarai MdB „Außenpolitische Folgen des Arabischen Frühlings“
- Geschäftsbericht und politische Rechenschaftsberichte aus Europa, Bund, Land und Kommune
- Bericht des Schatzmeisters und des Kassenprüfers
- Wahl des Kreisvorstandes
- Wahl von zwei Rechnungsprüfern sowie zwei Stellvertretern
- Wahl der Mitglieder des Kreishauptausschusses
- Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten zum Kreisparteitag
- Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Landesparteitag und Landeshauptausschuss



Rainer Matheisen, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Gisela Piltz, Dr. Veronika Dübgen, Dr. Robert Orth

In den Rheinterrassen Düsseldorf fand am 27. März 2012 die Kreiswahlversammlung für die Benennung der Wahlkreisbewerber/innen für die Landtagswahl 2012 der Wahlkreise 40, 41, 42 und 43 statt. Beim außerordentlichen Kreisparteitag wurden die Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeswahlversammlung für die Landtagswahl 2012 gewählt.

Die Benennung der Direktkandidatinnen und -kandidaten zur Bundestagswahl 2013 für die Wahlkreise 106 und 107 fand am 1. September 2012 in der Handwerkskammer Düsseldorf während der Kreiswahlversammlung statt. Beim außerordentlichen Kreisparteitag wurden die Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeswahlversammlung (8. Dezember 2012, Neuss) für die Reserveliste zur Bundestagswahl 2013 gewählt und der Satzungsänderungsantrag des Kreisverbandes Düsseldorf verabschiedet.

2.2 Kreishauptausschüsse



Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke

- 16. Mai 2012, Nachlese Landtagswahl 2012
- 19. Juni 2012
- 19. September 2012, zu Gast: Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, Beigeordneter für Personal und Gesundheit der Landeshauptstadt Düsseldorf; Wahl der Mitglieder für die neu zu konstituierenden Landesfachausschüsse, Amtszeit 2012 bis 2014
- 15. November 2012, zu Gast: Manfred Neuenhaus, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf - Thema: „Bericht über den Haushalt 2013“
- 4. Februar 2013

2.3 Sonstige Veranstaltungen



Daniel Bahr MdB, Christian Lindner MdB, Hans-Dietrich Genscher

März 2012

- 16.3. Ordentlicher Bezirksparteitag in Mettmann

April 2012

- 1.4. Landeswahlversammlung zur Landtagswahl 2012 und außerordentlicher Landesparteitag in der Mercatorhalle Duisburg
- 7.4. Auftaktveranstaltung des Kreisverbandes und der Jungen Liberalen zur Landtagswahl mit dem Spitzenkandidaten Christian Lindner MdB
- 20.4. Pressegespräch anlässlich der „Düsseldorfer Kampagne zur Landtagswahl 2012“
- 21. - 22.4. 63. Ordentlicher Bundesparteitag in Karlsruhe

Mai 2012

- 1.5. Maiwanderung um den Unterbacher See
- 4.5. Informationsveranstaltung „Aktion Offen bleiben!“ für die Beibehaltung der bisherigen Ladenöffnungszeiten
- 6.5. 65. Ordentlicher Landesparteitag in Gütersloh
- 7.5. Liberales Netzwerk, Veranstaltung „Ein neues Denken für Nordrhein-Westfalen“ - Gast: Christian Lindner MdB
- 8.5. Themenabend zum Erhalt der liberalen Ladenöffnungszeiten: „Finger weg vom Ladenschluss“
- 12.5. Abschlussveranstaltung des Kreisverbandes und der Jungen Liberalen zur Landtagswahl u.a. mit Christian Lindner MdB, Daniel Bahr MdB, Dr. Philipp Rösler und Dr. Guido Westerwelle MdB
- 13.5. Wahlabend zum Abschluss der Landtagswahl



Gisela Piltz MdB, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Dr. Philipp Rösler, Dr. Veronika Dübgen, Dr. Robert Orth MdL, Christian Lindner MdB, Daniel Bahr MdB, Dr. Guido Westerwelle MdB

Juni 2012

- 6. – 9.6. Informationsreise nach Berlin auf Einladung von Gisela Piltz MdB
- 7. – 8.6. Informationsreise nach Brüssel auf Einladung von Alexander Alvaro MdEP
- 21.6. Besichtigung des Neubaus der Vodafone-Zentrale auf dem Vodafone-Campus mit Gisela Piltz MdB
- 21.6. Veranstaltungsreihe „...im Dialog ..“ mit Alexander Alvaro MdEP im Ortsverband Süd (9+10) zum Thema „Quo Vadis Europa? Wie kann ein Ende der EURO-Krise erreicht werden?“
- 28.6. Besichtigung der Wehrhahn-Linie (U-Bahn) mit der Bürgermeisterin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann



Gisela Piltz MdB bei der Deutschland-Sommertour 2012 der FDP Bundestagsfraktion in Düsseldorf

Juli 2012

- 9.7. Deutschland-Sommertour 2012 der FDP-Bundestagsfraktion in Düsseldorf

August 2012

- 22.8. Informationsabend für neue und zugezogene Mitglieder

September 2012

- 12.9. Landespolitischer Gesprächskreis mit Dr. Robert Orth MdL
- 21.9. Außerordentlicher Bezirksparteitag in Mettmann
- 29.9. Neumitgliederkongress des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen



Rainer Deutschmann MdB, Prof. Dr. Markus Lüpertz, Dr. Guido Westerwelle MdB, Gisela Piltz MdB

Oktober 2012

- 24. – 27.10. Informationsreise nach Berlin auf Einladung von Gisela Piltz MdB
- 28.10. Kulturfrühstück der Bundestagsfraktion in Düsseldorf, Tanzhaus NRW, u.a. mit Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen
- 30.10. Veranstaltung „Facebook und Social Media: neue Möglichkeiten der Kommunikation für die Politik“ mit Alexander Alvaro MdEP, Gisela Piltz MdB und Erika Mann

November 2012

- 7.11. Landespolitischer Gesprächskreis mit Dr. Robert Orth MdL
- 7.11.-8.11. Informationsreise nach Brüssel auf Einladung von Alexander Alvaro MdEP
- 10.11. Besuch des Spiels „Fortuna Düsseldorf gegen 1899 Hoffenheim“; Dankeschön-Veranstaltung Landtagswahlkampf 2012 mit Dr. Robert Orth MdL
- 12. – 15.11. Informationsreise nach Berlin auf Einladung von Gisela Piltz MdB
- 15.11. Besuch der Baustelle Libeskind-Kö-Bogen mit der Bürgermeisterin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
- 18.11. Verleihung des Bergischen Löwen des FDP Bezirksvorstandes an Dr. Veronika Dübgen



Michael Latka, Gisela Piltz MdB, Jan Matthes

Dezember 2012

- 8.12. Landeswahlversammlung zur Bundestagswahl 2013 und außerordentlicher Landesparteitag in Neuss
- 13.12. „Mitreden über Europa“ mit Alexander Alvaro MdEP

Januar 2013

- 20.1. Traditioneller Neujahrsempfang des Kreisverbandes, ausgerichtet vom Ortsverband Süd (9+10)
- 24.1. Landespolitischer Gesprächskreis mit Dr. Robert Orth MdL
- 27.1. Traditioneller Neujahrsempfang der FDP NRW



Dr. Christoph Schork, Gisela Piltz MdB, Thomas Nicolin

Februar 2013

- 27.2. – 2.3. Informationsreise nach Berlin auf Einladung von Gisela Piltz MdB

März 2013

- 2.3. Ordentlicher Kreisparteitag

3. Öffentlichkeitsarbeit



Das Internetportal des FDP Kreisverbandes Düsseldorf und der neun FDP Ortsverbände wird rege frequentiert. Unter www.fdp-duesseldorf.de können sich Mitglieder und interessierte Düsseldorfer Bürger schnell und interaktiv über die Arbeit der Liberalen informieren. Auf der Internetseite des Kreisverbandes wurden im Berichtszeitraum über 130 aktuelle Artikel publiziert. Auch die neun Ortsverbände bieten auf eigenständigen Webseiten lokale Informationen und die unkomplizierte Kontaktaufnahme zu den jeweiligen Ansprechpartnern vor Ort an.

Auch im Jahr 2012 wurden die Social-Media-Aktivitäten intensiviert. Der Kreisverband Düsseldorf ist bei Facebook, Twitter, YouTube, studiVZ und flickr vertreten. Allein bei Facebook konnten im Berichtszeitraum über 200 neue Fans gewonnen werden, welche die Facebook-Seite der FDP Düsseldorf abonniert haben. Der FDP Musterkreisverband ist damit online einer der aktivsten Kreisverbände bundesweit. Zuständig für die Internetaktivitäten sind Mirko Rohloff und Margitha Rauchbach.



Der Kreisvorstand organisierte die Herausgabe der „Liberale Nachrichten“, die die Mitglieder und Interessenten jeden Monat mit dem Terminkalender erhalten. Diese wurden von Margitha Rauchbach, Mirko Rohloff und Peter Dietlmaier betreut.

4. Beschlüsse des Kreisverbandes

Antragstitel: Ortsumgehung Gerresheim (L404n)
Antragssteller: Vorstand des Kreisverbandes Düsseldorf, 03.03.2012

Die FDP-Ratsfraktion wird aufgefordert, die Ortsumgehung Gerresheim (L404n) wie im Kommunalwahlprogramm 2009 beabsichtigt, im Bereich des Geländes der ehemaligen Glashütte schnellstmöglich in Angriff zu nehmen und Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Dem Antrag wurde bei einigen Enthaltungen angenommen.

Antragstitel: Finger weg von der Benderstraße!
Antragsteller: Ortsverband 7, 16.05.2012

Der Kreisverband Düsseldorf unterstützt die Bürgerinitiative gegen den Umbau der Benderstraße nach seinen Kräften. Die Düsseldorfer FDP steht an der Seite der Bürger und der Kaufleute, die den Niedergang der Benderstraße verhindern wollen.

Der Antrag wurde nach eingehender Diskussion mit 13 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen in dieser geänderten Form angenommen.

Antragstitel: Wachstum für eine freie Gesellschaft, Wohlstand und Arbeit
Antragsteller: Kreisverband, 16.05.2012

Die Entfaltung des Individuums ebenso wie von Unternehmen heißt für uns Liberale Wachstum. Ständig entwickeln sich Menschen persönlich weiter, sind innovativ, verändern sich und ihre Umwelt und tragen so zu Fortschritt und Entwicklung bei. Mit der persönlichen Kreativität und Einzigartigkeit jedes Einzelnen verändern Menschen unsere Gesellschaft und bringen mit ihren Ideen sich selbst und ebenso die Gemeinschaft voran. Unternehmen produzieren Waren, Dienstleistungen und Ideen, fördern Innovation und setzen neue Ideen in wirtschaftli-

chen Erfolg und Arbeitsplätze um. Bildung, Wissenschaft und Forschung erweitern Horizonte nicht nur für jeden Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft. Entwicklung und Entfaltung braucht Freiraum. Wachstum ist für Liberale ein Freiheitsthema.

Die FDP in Düsseldorf hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass kluge Politik Wachstum fördert. Düsseldorf steht wirtschaftlich erfolgreich da. Bundesweit steht unsere Stadt an zweiter Stelle der Neueintragungen im Handelsregister und auf dem ersten Platz bei der Neugründung von Unternehmen im High-Tech-Bereich. Mit unserer erfolgreichen Heinrich-Heine-Universität und den vielen exzellenten Hochschulen wie zum Beispiel der Fachhochschule, der Kunstakademie oder der Musikhochschule zieht Düsseldorf kluge Köpfe aus aller Welt an. Als bedeutender Standort für Mobilfunkunternehmen steht Düsseldorf in Europa an der Spitze moderner Kommunikationstechnologie. Damit unsere Stadt so erfolgreich wachsen konnte und weiter wachsen kann, haben Liberale in der Verantwortung gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU die Grundlagen gelegt: durch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, durch eine klare Mittelstandsstrategie, durch Unterstützung von Existenzgründungen junger, innovativer Unternehmen, durch gute Schulen und eine Infrastruktur, die Menschen die Möglichkeit gibt, sich nach ihrem persönlichen Lebensmodell zu entfalten und durch vielfältige Angebote im Bereich der Kultur ihren Horizont zu erweitern.

Diesen Weg wollen und werden wir weitergehen. Dazu ist es notwendig, auch auf Bundesebene die richtigen Weichen zu stellen. Die Liberalen in der Regierungsverantwortung im Bund sind Garant dafür, dass mit wirtschaftlicher Vernunft, hoher Priorität für Bildung und Wissenschaft, Haushaltsdisziplin und einem starken Kompass für die Bürgerrechte die nötigen Freiräume für Wachstum erhalten und geschaffen werden können.

Dabei muss es darum gehen, nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Kurzfristiger Aktionismus und durch staatliche Konjunkturprogramme angeheizte Strohfeuer ersetzen nicht eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, auf Marktkräfte zu setzen. Märkte verändern sich stetig, unsere Wirtschaftspolitik will nicht durch Protektionismus überkommene Geschäftsmodelle oder hergebrachte Industrien über ihre Zeit retten, sondern einen Rahmen für Entwicklung schaffen. Wachstum ist nicht nur Größenwachstum, sondern auch Wandel und das Entstehen neuer Möglichkeiten.

Nachhaltiges Wachstum darf kein zerstörerisches Wachstum sein, das seine eigenen Grundlagen verzehrt. Daher gehört zum Wachstum der behutsame und vorausschauende Umgang mit natürlichen Ressourcen und unserer Umwelt.

Unternehmen wachsen durch ihre Mitarbeiter. Daher muss wirtschaftlicher Erfolg auch bei den Menschen ankommen. Diejenigen, die den Aufschwung tragen und ihn durch ihre Arbeit erst ermöglichen, müssen am Erfolg teilhaben. Wachstum muss Chance für alle sein.

Wachstum hat viele Voraussetzungen. Die FDP Düsseldorf setzt sich deshalb unter anderem dafür ein, dass

- . durch gute Bildungspolitik die Grundlage gelegt wird für die Entfaltung der Chancen und Fähigkeiten jedes Einzelnen. Persönliches Wachstum braucht Bildung. Allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die besten Chancen mit auf den Weg zu geben, ist daher die Grundvoraussetzung für eine wachsende Gesellschaft und für die Entwicklung jedes Einzelnen zu einem verantwortungsvollen, eigenverantwortlichen Individuum sowie zu dessen wirtschaftlichem Erfolg. Die Schulpolitik in Düsseldorf werden wir daher weiter daran ausrichten, dass mit individueller Förderung und gleichzeitig ausreichender Herausforderung jedes Kind seine Talente voll entfalten kann.
- . die berufliche Bildung in Düsseldorf durch Partnerschaften mit der Wirtschaft, insbesondere den Kammern, für Ausbildungsplätze ebenso wie für gute Berufsschulen weiter vorgebracht wird. Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen in Düsseldorf, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen passenden finden. Mit gezielter Förderung werden wir weiterhin dafür sorgen, dass Jugendliche in den allgemeinbildenden Schulen alle Fähigkeiten mit auf den Weg bekommen, um erfolgreich eine Ausbildung absolvieren zu können. Unsere Hochschulen werden wir auch künftig zu exzellenten Wissenschaftseinrichtungen weiterentwickeln. Mit aktiver Unterstützung für den Technologietransfer werden

wir die innovativen Unternehmen an wissenschaftlichen Erfolgen teilhaben lassen. Kooperationen zwischen Universität und Existenzgründern sowie anderen Unternehmen liegen uns dabei besonders am Herzen. Die FDP in Düsseldorf unterstützt entsprechende Initiativen und räumt diesen in ihrer Politik eine hohe Priorität ein.

- durch die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung öffentliche Mittel klug und nachhaltig eingesetzt werden. Unsere Politik, die nun im dreizehnten Jahr einen schuldenfreien Haushalt ermöglicht hat, ist die Basis für Vertrauen in wirtschaftlichen Erfolg und Zukunftsinvestitionen. Mit der FDP wird es in Düsseldorf auch weiterhin eine vernünftige Haushaltspolitik geben, die Unternehmen einen verlässlichen und wachstumsorientierten Rahmen bietet. Dazu gehört, dass es besser ist, die Freiräume im städtischen Haushalt dafür zu nutzen, die Belastung von Unternehmen mit Steuern und Gebühren weiter zu senken, anstatt Schulden abzahlen zu müssen. Städte, die gut gehaushaltet haben, müssen die Früchte ihrer Anstrengungen auch nutzen können. Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Verantwortung, dass diese Städte für die Schulden anderer in Haftung genommen werden. Die FDP Düsseldorf wird sich weiter dafür einsetzen, dass die rot-grüne Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht diejenigen bestraft, die mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll umgehen.
- Wirtschaft und Handel konkurrenzfähig bleiben, global, national und kommunal. Auch die Unternehmen in Düsseldorf stehen den Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs mit zum Teil in aufstrebenden Schwellenländern kostengünstig agierender Unternehmen sowie der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise gegenüber. Hier kann nur bestehen, wer seine eigenen Stärken ausbauen und herausstellen kann. Für hiesige Unternehmen heißt dies Qualität, Innovation und Flexibilität. Damit schaffen Großunternehmen und Mittelstand Arbeitsplätze in Düsseldorf für Düsseldorf. Hier gilt es, zusätzliche Hürden in Form von standortunfreundlichen Gewerbesteuern und unnötiger Bürokratie zu beseitigen. Für den Einzelhandel ist Bürokratie auch gleichbedeutend mit festgelegten Ladenöffnungszeiten. Investoren haben heute viele Standorte in Deutschland und Europa zur Auswahl. Die Attraktivität eines Standortes ist daher unmittelbar auch mit der Gestaltung von Öffnungszeiten verbunden. Die FDP Düsseldorf unterstützt daher die Landtagsfraktion in ihrem Anliegen, die derzeitige Flexibilität der Ladenöffnungszeiten nicht zum Opfer der Regulierungswut der rot-grünen Regierung unseres Landes werden zu lassen.
- Verkehr und Infrastruktur in Düsseldorf sich entsprechend den Bedürfnissen der Bürger weiterentwickeln. Die FDP Düsseldorf setzt sich dabei für einen guten Mix der Verkehrsträger ein. Wir wollen ein hohes Niveau des ÖPNV, gute Straßenverhältnisse und einen weiteren Ausbau der Radwegeverbindungen in Düsseldorf, damit jeder Bürger selbst entscheiden kann, welches Verkehrsmittel für ihn das Geeignete ist. Ein breites Verkehrsangebot trägt außerdem dazu bei, den Stadtverkehr effektiv auf mehrere Säulen zu verteilen und damit einseitige Belastungen zu vermeiden. Wegweisende Infrastrukturprojekte wie die Wehrhahnlinie und der Kö-Bogen stärken Düsseldorf weiter als attraktiven Ort für Bürger und Wirtschaft.
- durch Umweltschutz dazu beigetragen wird, dass natürliche Ressourcen geschont werden, um Wachstum auch für die kommenden Generationen zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Förderung regenerativer Energien, wie sie die Bundesregierung mit dem Programm zur Energiewende beschlossen hat. Wir wollen auf kommunaler Ebene dazu beitragen, dass durch regenerative Energien der Bedarf von Wirtschaft und Einwohnern an sicherer und verlässlicher Energie gedeckt ist. Dabei sind wir mit der Bundesregierung einer Meinung, dass wir Mittel effektiv einsetzen müssen. Staatliche Förderung darf es nur zeitlich begrenzt und als Anschlag für den Markteintritt geben. Die vielen Menschen in Düsseldorf, die durch Solarpaneele auf ihren Dächern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, haben keine Einbußen bei der zugesagten Förderung zu befürchten. Die FDP Düsseldorf erkennt ausdrücklich die Verantwortung der Eigentümer für unsere Umwelt an. Es ist aber für die Zukunft wichtig, dass nicht mehr über 50% der für regenerative Energien zur Verfügung stehenden Fördermittel für nur 3% der erzeugten Energie aufgewendet wird. Damit leisten wir einen Bärendienst für Umwelt und Klima und entziehen künftigen Generationen ihren Spielraum für Wachstum und Wohlstand.
- mit der Lokalen Agenda 21 mit lokalen Projekten auch in unserer Stadt die Grundlage für Klimaschutz, Umweltschutz und nachhaltiger Nutzung unserer Ressourcen gelegt wird. Die FDP in Düsseldorf strebt dabei an, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in unserer Stadt unsere lebenswerte Natur zu erhalten, Energie zu sparen und Anreize zu setzen, umweltgerecht zu wohnen und zu leben. Im Einklang mit

der Initiative der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität wollen wir mit der Einrichtung von speziellen Parkplätzen für Elektroautos insbesondere in der Innenstadt umweltgerechte Mobilität fördern. Die Stadt geht mit E-Autos im eigenen Fuhrpark bereits mit gutem Beispiel voran. Auch durch Flächennutzungspläne berücksichtigen wir eine nachhaltige Entwicklung und ein qualitatives Wachstum der Lebensqualität unserer Stadt.

- eine schlanke Verwaltung und ein innovatives bürger- sowie wirtschaftsfreundliches E-Government-Konzept die Menschen und Unternehmen von Bürokratie entlastet. Kosten und Zeit der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen nicht für Verwaltungsvorgänge aufzuwenden sein, sondern für persönliches und wirtschaftliches Wachstum. Mit ihrem E-Government-Konzept ist Düsseldorf bundesweit beispielhaft für die effektive Nutzung moderner Technologie in der Verwaltung. Wir wollen darin fortfahren, Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen und gerade für Existenzgründer bürokratische Hürden abzusenken. Langwierige Verfahren binden Kräfte, die besser für Kreativität, Innovation und damit Wachstum genutzt werden können.
- Kulturförderung die Vielfalt und Kreativität erhält, die unsere Stadt nicht nur lebenswert und bunt macht, sondern auch für gesellschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Gesellschaftliches Wachstum braucht kulturelle Impulse, um sich mit Entwicklungen auseinanderzusetzen, Ideen zu verarbeiten und einen kritischen Diskurs aufzugreifen. Dabei sind gerade junge Künstler und die alternative Kulturszene wesentliche Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher setzt die FDP in Düsseldorf darauf, diesen Angeboten in Kulturzentren Raum zu geben und dadurch zu unterstützen. Auch die Kulturmittel der Stadt wollen wir so einsetzen, dass neue, junge und alternative Projekte ausreichend zur Bereicherung des Angebotes beitragen.
- die strikte Einhaltung der Balance von Sicherheit und Freiheit dafür sorgt, dass sich die Menschen ohne Angst in ihrer Individualität frei entfalten können. Die effektive Prävention und Bekämpfung von Kriminalität durch eine personell und sächlich gut ausgestattete Polizei ist für unseren Rechtsstaat selbstverständlich. Daher setzt die FDP in Düsseldorf auf eine Stadtplanung, die Gefahrenräume vermeidet, und auf eine Polizei, die dort besondere Präsenz zeigt, wo Gefahrenschwerpunkte sind. Persönliche Entfaltung und damit auch Persönlichkeitswachstum braucht die Gewissheit, dass in einer Gesellschaft Unterschiede und Vielfalt, Non-Konformismus und Individualität möglich sind. Dauerhafter Überwachungsdruck führt zu einer Gesellschaft, in der diese Gewissheit abhanden kommt. Damit wird Kreativität und Individualität, die nicht nur den Einzelnen wachsen und reifen lässt, sondern auch zu Wachstum und Entwicklung der Gesellschaft unabdingbar ist, unterdrückt. Daher wollen wir keine flächendeckende Videoüberwachung in unserer Innenstadt oder unseren öffentlichen Verkehrsmitteln. Dem Datenschutz messen wir deshalb auch in Düsseldorf besondere Bedeutung bei. Die FDP in Düsseldorf unterstützt die Initiative der schwarz-gelben Koalition im Bund, eine Stiftung Datenschutz zu errichten, und fordert alle Düsseldorfer Unternehmen, vor allem im Bereich der Telekommunikation auf, sich aktiv an der Etablierung höchster Datenschutzstandards zu beteiligen. Wir setzen darauf, dass Düsseldorf nicht nur Top-Plätze bei High-Tech und Telekommunikation einnimmt, sondern auch beim Umgang mit den dabei anfallenden Daten. Für die FDP in Düsseldorf ist klar, dass Datenschutz auch im Verwaltungshandeln oberste Priorität besitzen muss. Eine Verwaltung, die, wo immer möglich, bei ihren Angeboten die Notwendigkeit der Erhebung persönlicher Daten überprüft und reduziert, schafft Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und vermindert auch die Gefahr von Missbrauch der Daten sowie Datenpannen.
- die Stärkung des Verbraucherschutzes Wachstum bei den Unternehmen fördert, die mit guter Qualität, Sicherheit für ihre Kunden und der Achtung gesetzlicher Vorschriften am Marktpunkten. Unternehmen, die durch "schwarze Schafe" in ihren Branchen kein Vertrauen mehr genießen, können unverschuldet nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrem guten Angebot wachsen. Für die FDP in Düsseldorf ist daher klar, dass Vorschriften zum Verbraucherschutz in unserer Stadt konsequent umgesetzt werden müssen. Mit ausreichenden Kontrollen im Bereich des Lebensmittelrechts wollen wir sicherstellen, dass die Verbraucher in Düsseldorf sich der Qualität der Produkte gewiss sein können. Durch die konsequente Beachtung des Verbraucherinformationsgesetzes trägt die Stadt Düsseldorf gegenüber den Menschen in unserer Stadt dazu bei, dass Transparenz gewahrt und Missstände schnell aufgedeckt werden. Geheimniskrämerei darf es nicht ge-

ben, wenn es um Sicherheit von Lebensmitteln und die Gesundheit der Menschen unserer Stadt geht.

- durch den Abbau bürokratischer Hürden bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. Unsere Gesellschaft wächst und profitiert, wenn die Menschen sich füreinander und für das Gemeinwohl engagieren. Das Ehrenamt in unserer Stadt wollen wir fördern und unterstützen. Wachstum für unsere Gesellschaft bedeutet auch Zusammenwachsen. Daher sind für uns Projekte und Initiativen, die sich für Integration und gegenseitiges Verständnis einsetzen, von besonderer Bedeutung.
- dass Kinder unter dem besonderen Schutz der Gesellschaft gut aufwachsen können. Gute Betreuungsangebote kann der Staat nicht alleine zur Verfügung stellen. Zum Wachstum gehört es für uns ganz besonders, dass Kinder so aufwachsen können, dass sie soziale Kompetenz erwerben, ihre Neugier stillen und schon früh in ihren Talenten gefördert werden. Nachbarschaftshilfen oder Elterninitiativen zur Kinderbetreuung sind für uns daher besonders förderungswürdig. Wir wollen daher die bürokratischen Hürden bei der Einrichtung von Kindertagesbetreuungen senken und durch die Stadtverwaltung Hilfen anbieten, um durch bürgerschaftliches Engagement gerade Kinder zu unterstützen, ohne dabei jedoch bei der Qualität der Betreuungsstellen und des Personals Einschränkungen hinzunehmen.
- die Bereicherung unserer Gesellschaft durch Ältere, die die Grundlagen für künftiges Wachstum durch ihre Erfahrungen und ihr Wissen gelegt haben, ausdrücklich gewürdigt wird. Gesicherte Pflege im Alter, aber auch eine altersgerechte Gestaltung unserer Stadt geben uns die Möglichkeit, uns durch Lebenserfahrung weiterzuentwickeln. Wir wollen daher unsere Stadt für alle Generationen lebenswert erhalten und beim Wachstum Düsseldorfs darauf achten, dass die vielfältigen Angebote etwa bei Kultur, beim Sport oder der Naherholung für Menschen allen Alters zugänglich sind.
- Leistungs- und Breitensport weiterhin gefördert werden. Gerade im Sport wachsen Menschen über sich hinaus. Sport trägt erheblich zur Entwicklung unserer Gesellschaft bei, indem er vor allem im Verein Integration, Fairness und Verantwortung unterstützt. Die Sportstätten unserer Stadt wollen wir daher vor allem für den Breitensport weiter ausbauen. Die zahlreichen Sportvereine wollen wir auch weiterhin fördern und ihnen auch die Möglichkeit geben, mit Schulen zu kooperieren, um Nachwuchs zu fördern und mehr Menschen für Sport zu begeistern. Aber auch im Bereich des Spitzensports hat Düsseldorf viel zu bieten. Die Leistungen stacheln viele andere dazu an, sich anzustrengen und selbst an sportlichen Herausforderungen zu wachsen. Der Spitzensport ist zudem ein Aushängeschild für unsere Stadt. Wir unterstützen daher die Anstrengungen der schwarz-gelben Koalition im Bund, auch in Zeiten knapper Kassen den Spitzensport angemessen zu fördern und setzen uns dafür ein, dass Düsseldorf angemessen davon profitiert. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist das Sportinternat, welches dazu beiträgt, junge Leistungssportler zu fördern und damit den Spitzensport in Düsseldorf nachhaltig zu unterstützen.

Der Antrag wurde angenommen.

Antragstitel: Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf
Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf, 19.06.2012

„Freiheit ist das zentrale Gut des Liberalismus. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und die Abwesenheit äußerer Zwänge sind für uns Liberale maßgebliche Ideale. Freiheit ist dabei nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit und Willkür. Sie findet ihre Grenzen in den Schranken des Rechtes, das alle Menschen bindet und ihre Freiheit schützt. Für uns ist die Schaffung und Durchsetzung des Rechts die erste und wichtigste Aufgabe des Staates.

Freiheit braucht Sicherheit. Um persönliche Freiheit leben zu können, müssen die Bürger sicher sein, dass der Staat ihre Rechte schützt und durchsetzt. Das Recht auf Freiheit und das Recht auf Sicherheit befinden sich in einem permanenten Spannungsverhältnis. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar, Sicherheit ohne Freiheit wertlos. Wir Liberale garantieren beides. Statt auf symbolische neue Eingriffsbefugnisse für Sicherheitsbehörden setzen wir als entschiedene Vertreter eines freiheitlichen Rechtsstaates auf die konsequente Anwendung und Durchsetzung des bestehenden Rechtes. Die Qualität eines funktionierenden Rechtsstaates steigt nicht mit der Anzahl der Gesetze und Verordnungen, sondern mit deren

Effektivität und Effizienz. Weder akzeptieren wir unnötige Eingriffe in die individuelle Freiheit der Menschen, noch ein dauerhaftes Vollzugsdefizit geltenden Rechtes. Dabei ist für uns klar, dass bei der Rechtsdurchsetzung die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt werden muss. Totale Sicherheit und Ordnung kann und wird es nicht geben.

Freiheit und Sicherheit sind nicht bloß Landes- und Bundesthemen. Gerade auch in ihrer unmittelbaren Umgebung leben die Menschen ihre Freiheit und brauchen objektive und subjektive Sicherheit. Die Stadt kann durch vielfältige Maßnahmen zur Auflösung des Spannungsverhältnisses beitragen und so am Ende beides leisten: Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf.

Die Herstellung von Sicherheit und die Bekämpfung von Kriminalität sind originäre Aufgaben der Polizei. Präventionsarbeit kann und muss aber auch die Stadt leisten. Vielfach kann durch städtisches Handeln die Kriminalitätsgefährdung deutlich gesenkt werden. In der Vergangenheit war es vielfach die Städtebaukultur, durch die Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte erst geschaffen wurden. Hier wollen wir den positiven Trend zu einer lockereren und freundlicheren Stadtplanung weiter vorantreiben. Öffentliche Angsträume sind abzubauen, potentielle Tatorte durch städtebauliche Maßnahmen zu entschärfen. Wir wollen

- bereits bei der Planung von städtebaulichen Maßnahmen die Sicherheit der Bürger in die Überlegungen einbeziehen;
- öffentliche Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte durch bessere Lichtverhältnisse, eine verstärkte Grünpflege und ansprechende Stadtmöblierung heller, übersichtlicher und freundlicher gestalten;
- alle Unterführungen im Düsseldorfer Stadtgebiet bei Dunkelheit ausleuchten;
- an Haltestellen des ÖPNV sowie in deren unmittelbarer Umgebung das Sicherheitsgefühl durch gute Lichtverhältnisse und eine Rückführung von unübersichtlichem Gebüsch verbessern;
- Vorschläge der Bürger aufnehmen und prüfen, an welchen Orten die Beleuchtung verbessert und unübersichtliches Gestrüpp zu Gunsten von Rasenstreifen zurückgeführt werden kann.

Ein wesentliches städtisches Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist der kommunale Ordnungs- und Servicedienst (OSD). Dieser leistet einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung der Aufgaben des Ordnungsamtes und der Düsseldorfer Straßenordnung. Über seine Streifentätigkeit erhöht er nachhaltig das Sicherheitsgefühl der Bürger und steht ihnen im Sinne des Servicegedankens als Ansprechpartner und Helfer zur Seite. Er hat seine optimale Personalstärke erreicht. Wir werden die Aufgaben des OSD weiter optimieren und seinen Servicegedanken stärken. Wir wollen

- keine Übertragung polizeilicher Befugnisse (wie das Erteilen von Platzverweisen oder die Anwendung von unmittelbarem Zwang) an den OSD;
- keine Sonder- und Wegrechte für den OSD. Dessen Dienstfahrzeuge benötigen kein Blaulicht und keine akustische Signalanlage;
- die Kooperation mit der Polizei fortsetzen und das Modell der Doppelstreifen beibehalten. Dabei dürfen die Aufgaben jedoch nicht vermischt werden, die jeweiligen Zuständigkeiten und Befugnisse müssen für die Bürger klar erkennbar sein;
- die Uniform des OSD freundlicher und bürgernäher machen. Dabei muss der OSD auch aus der Entfernung gut von der Polizei zu unterscheiden sein. Die momentane overallartige Bekleidung ist hierfür nicht geeignet, das Barett ist als militärische Kopfbedeckung für den OSD inakzeptabel;
- eine zweckmäßige Ausstattung, aber keine teuren Prestigeobjekte wie Segways o.ä. Zur Ausrüstung soll außer einem Pfefferspray zum Selbstschutz keine Bewaffnung gehören; Diensthunde benötigt der OSD nicht;
- die Streifentätigkeit des OSD lageangepasst enden lassen. Freitags und samstags kann sie über die bestehende Zeit hinaus verlängert werden.

Durch das Setzen der richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen hat die Stadt die Möglichkeit, zu mehr Sicherheit und Ordnung in Düsseldorf beizutragen. Gleichzeitig dürfen Freiheits- und Bürgerrechte nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Hier werden wir auch in Zukunft für die richtige Balance sorgen. Wir wollen

- keine Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Lediglich Kameraüberwachung auf Bahnhöfen, in unterirdischen Haltestellen und in Bussen und Bahnen des ÖPNV halten wir in bestimmten Fällen für angemessen;
- keine Alkoholverbote am Burgplatz oder anderswo. Diese wären unverhältnismäßige Eingriffe in die persönliche Freiheit der Menschen;
- § 6 der Straßenordnung (störendes Verhalten auf Straßen und in Anlagen) auch in Zukunft maßvoll und umsichtig anwenden;
- Straßenprostitution nicht dulden;
- die Durchsetzung des Jugendschutzes auch weiterhin gewährleisten. Durch die Stadt durchgeführte Alkohol-Testkäufe lehnen wir aber ab; der Staat darf nicht absichtlich Gelegenheiten zur Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten schaffen;
- keine Einführung von Bürgerstreifen oder Bürgerwehren;

Eine reibungslose Zusammenarbeit von städtischen Ämtern und den Landesbehörden ist elementar zur Gewährleistung der Düsseldorfer Stadtsicherheit. Ohne die Polizei und die Gerichte mit einzubeziehen, ist kommunale Sicherheitspolitik nicht denkbar. Wir wollen

- eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft und Gerichten, um Jugendkriminalität effektiv zu bekämpfen. Hierfür sind von städtischer Seite auch weiterhin die Bedingungen zu schaffen;
- die hohe Polizeipräsenz in der Altstadt an Wochenendnächten erhalten;
- keine Entkriminalisierung sog. Bagatelldelikte, diese sind oft der Einstieg in schwerere Straftaten. Hier darf es keine falsch verstandene Toleranz der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden sowie der Gerichte geben.

Die FDP tritt politischem Extremismus gleich welcher Couleur entschlossen entgegen. Wir lassen nicht zu, dass politisch Verwirrte unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage stellen. Obwohl Düsseldorf als bunte und tolerante Großstadt vergleichsweise gut dasteht, muss auch hier dem Links- und Rechtsextremismus sowie religiösem Fundamentalismus das besondere Augenmerk der Zivilgesellschaft gelten. Die Gestaltungshoheit des gesellschaftlichen Miteinanders muss auch weiterhin in den Händen der Zivilgesellschaft liegen. Wir wollen

- gesellschaftliche Initiativen zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus, Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Antisemitismus in ihrer wertvollen Arbeit anerkennen und fördern;
- dass die Stadt an den Düsseldorfer Schulen verstärkt für Projekte gegen Extremismus wirbt und diese begleitet;
- die Stiftung eines Düsseldorfer Toleranz-Preises anregen. Dieser soll jährlich in feierlichem Rahmen an eine einzelne Person, eine Personengruppe oder eine Institution vergeben werden, die sich in Düsseldorf besonders um die Bekämpfung von Extremismus und um die Integration der Menschen in die Zivilgesellschaft verdient gemacht hat. Mit der Auszeichnung soll eine finanzielle Zuwendung zu Gunsten des honorierten Projektes verbunden sein. Die Kosten hierfür können durch das Sponsoring von Unternehmen gegenfinanziert werden, die sich mit den Idealen des Preises identifizieren möchten;
- sicherheitsrelevante Ausweisungen und Abschiebungen durch die kommunale Ausländerbehörde auch weiterhin vornehmen lassen. Personen ohne deutschen Pass, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden oder zur Gewalt aufrufen, müssen von der kommunalen Ausländerbehörde entsprechend den Möglichkeiten des § 54 AufenthG konsequent ausgewiesen werden;
- dass sich die im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien vor dem Hintergrund der im Stadtrat auch vertretenen Parteien der politischen Ränder ihrer Verantwortung bewusst sind. Auch bei grundverschiedenen und gegensätzlichen Positionen ist es wichtig, den Randparteien nicht durch Polemik in die Hände zu spielen. Wir wollen, dass sich der demokratische Prozess der Willensbildung durch den Austausch von Argumenten vollzieht. Ziel ist dabei nicht unbedingt die Konsensbildung, sondern die respektvolle Darstellung von Differenzen mit dem Ziel, den Bürgern im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft verschiedene Alternativen aufzuzeigen und anzubieten.

Der Antrag wurde angenommen.

Antragstitel: Schuldenfrei in die Zukunft
Antragssteller: Junge Liberale, 19.09.2012

Düsseldorf geht es gut. Ausgezeichnet durch eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft, hohe städtische Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung, wegweisende Verkehrs- und Infrastrukturprojekte, ein reichhaltiges kulturelles Angebot und ein dichtes Sozialnetz erreicht Düsseldorf hinsichtlich der Lebensqualität regelmäßig Spitzenpositionen unter allen europäischen Großstädten. Die hervorragende Situation in unserer Stadt ist dabei nicht selbstverständlich, sondern wird maßgeblich durch die seit 2007 bestehende Schuldenfreiheit ermöglicht. Wo andere Kommunen horrenden Zinslasten schultern müssen und aufgrund steigender Refinanzierungskosten immer weniger gestalten können, kann Düsseldorf gezielt in Wachstum und Wohlstand investieren. Diese finanzielle Aktionsfähigkeit macht die kommunale Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar und motiviert zu eigenem Engagement. Als Garant für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und als Ausdruck generationengerechter Politik ist die Schuldenfreiheit Düsseldorfs für uns Liberale ein herausragendes Gut, ihr Erhalt unser Auftrag.

Auch in finanziell schwierigen Zeiten gilt, dass Schulden nicht die richtige Antwort sind. Zur Deckung des aktuellen Haushaltsdefizites müssen daher andere Wege beschritten werden. Vom Prinzip ausgehend, dass die städtischen Ausgaben die Einnahmen nicht übertreffen dürfen, muss über Anpassungen auf beiden Seiten gesprochen werden. Eine kritische Überprüfung der städtischen Aufgaben und deren anschließende Optimierung muss hierbei im Zentrum stehen. Wir fordern, dass der Anteil der Ausgabenanpassungen an der Gesamtkompensation mindestens zwei Drittel ausmacht. Darüber hinaus wollen wir die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer und die Beitragsfreiheit in der Kindergartenbetreuung von Anpassungen ausnehmen, um gewonnenes Vertrauen nicht zu beschädigen, Planungssicherheit zu gewährleisten und Düsseldorf als attraktiven Wirtschaftsstandort zu erhalten.

Antrag wurde angenommen.

Antragstitel: Potentiale erkennen – Radverkehr stärken
Antragssteller: Junge Liberale, 19.09.2012

Der Radverkehr in Düsseldorf hat enormes Potential. Die richtigen Rahmenbedingungen vorausgesetzt, kann er zu einer verkehrs-, umwelt- und gesundheitspolitisch wünschenswerten Entlastung des motorisierten Individualverkehrs beitragen. Das Rad ist dabei nicht nur für den Freizeitverkehr relevant, sondern auch als ein wichtiges Verkehrsmittel im Berufsverkehr. Hinsichtlich der anfallenden Kosten, der Durchschnittsgeschwindigkeit, fehlender Stau- und Parkplatzabhängigkeit sowie großer Flexibilität ist der Radverkehr für viele Menschen grundsätzlich eine echte Alternative zur Nutzung von Auto oder ÖPNV. Viel zu oft stehen der Entscheidung pro Rad aber unnötige Hindernisse im Weg. Diese wollen wir beseitigen und in Düsseldorf Rahmenbedingungen schaffen, die den Radverkehr neben Autoverkehr und ÖPNV als dritten großen Verkehrsträger etablieren. Ziel ist dabei nicht die ideologisch begründete einseitige Förderung eines bestimmten Verkehrsträgers, sondern die bedarfs- und potentialgerechte Gleichbehandlung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern.

Bereits in der Planung neuer Verkehrsanlagen müssen die Interessen des Radverkehrs zukünftig entsprechend des Bedarfs und der Entwicklungspotentiale berücksichtigt werden. Bei bestehenden Anlagen müssen überall dort Veränderungen erfolgen, wo es nach dieser Abwägung notwendig und finanziell sowie mit Rücksicht auf den restlichen Verkehr vertretbar ist. Wir fordern daher:

1. Die Mittel zur Förderung und zum Erhalt des Radverkehrs sollen im Haushalt separat ausgewiesen werden.
2. Es sollen weitere Fahrradspuren geschaffen werden; plötzliche Enden dieser Spuren müssen beseitigt werden (insbesondere in Kreuzungsbereichen).

3. Verlaufen Radwege nicht als Teil von Gehwegen, so sollen sie in Zukunft asphaltiert statt gepflastert werden. Darüber hinaus sind sie baulich auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit des Radverkehrs von mind. 20 km/h auszulegen, wo immer möglich.
4. Der unmittelbar westlich der Münchener Straße verlaufende Geh- und Radweg soll in einem Pilotprojekt zu einem Radschnellweg ausgebaut werden. Er soll für den Radverkehr die zentrale Wegeverbindung zwischen Bilk und Benrath werden. Hierzu soll der Weg neu asphaltiert und als Fahrradschnellweg ausgeschildert werden, wobei er für Fußgänger freizugeben ist. Im Bereich „Itterstraße“ muss der westliche Kreuzungsbereich baulich verändert werden, so dass der Radverkehr maximal eine Ampel zu überwinden hat. Zur Akzeptanzförderung ist diese „Fahrradautobahn“ entsprechend auszuschildern.
5. Perspektivisch muss es in Düsseldorf ein gut ausgeschildertes Radwegenetz geben, das Radfahrern kurze und sinnvolle Wegeverbindungen bietet. Das Konzept, den Radverkehr vorrangig durch Nebenstraßen und Grünstreifen zu lenken, wird von den Radfahrern aufgrund der Unübersichtlichkeit und z.T. langen Umwegen nicht angenommen und muss modifiziert werden.
6. Zur Reduzierung der Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs eingesetzte Bodenhindernisse dürfen den Radverkehr nicht behindern. An beiden Seiten ist eine barrierefreie Durchfahrt sicherzustellen.
7. Die kurzfristigen Mietmöglichkeiten von Fahrrädern (auch für Einwegstrecken) müssen bedarfs- und potentialgerecht weiter gefördert werden.

Der Antrag wurde angenommen.

Antragstitel: Stadtparkasse Düsseldorf: Stadt am Geschäftserfolg durch angemessene Ausschüttung beteiligen
Antragsteller: Ortsvorstand des Ortsverbandes 5, 4.2.2013

Die FDP Düsseldorf unterstützt die Erwartung der FDP Ratsfraktion, dass die Stadtparkasse Düsseldorf die Stadt Düsseldorf auch für das abgelaufene Geschäftsjahr angemessen an dem erfolgreichen Geschäftsverlauf über eine entsprechende Ausschüttung beteiligt, da sie als faktischer „Lender of Last Resort“ („Kreditgeber der letzten Zuflucht“) auch an den Risiken beteiligt ist.

Grundsätzlich spricht sich die FDP Düsseldorf dafür aus, dass die Stadtparkasse Düsseldorf offen und transparent ihre Gewinne ausschüttet, anstatt nach eigenen Standards und für die Öffentlichkeit nur bedingt transparent, Gewinne für regionale Projekte zu verwenden.

Der Antrag wurde angenommen.

Antragstitel: Freiflächen nutzen – Radverkehr in der Innenstadt ausbauen
Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf, 4.2.2013

Der FDP Kreisverband Düsseldorf sieht die fortschreitenden Arbeiten an der Wehrhahn-Linie mit großer Freude. Die durch ihren Bau entstehenden Möglichkeiten zur Oberflächengestaltung wollen wir nutzen, um das große Potential des Radverkehrs im Innenstadtbereich zu entwickeln. Zu diesem Zweck soll geprüft werden, ob auf dem durch den Wegfall der oberirdischen Bahntrassen freiwerdenden Platz auf der Elisabeth/Kasernenstraße und der Friedrichstraße/Breite Straße durchgehende Radstreifen vom Bilker-S-Bahnhof bis zur Heinrich-Heine-Allee angelegt werden können.

Der Antrag wurde angenommen.

Antragstitel: Verkauf Rheinbahn Wohnungen: Mieterrechte wirklich wirksam vollumfänglich schützen
Antragsteller: Peter Dietlmaier, Jan Matthes, 4.2.2013

Die FDP Düsseldorf begrüßt die Entscheidung der Rheinbahn AG, sich im Zuge der weiteren Fokussierung auf das Kerngeschäft von den über die Rheinbahn Immobilien GmbH gehaltenen Werkwohnungen trennen zu wollen.

Dabei gilt es, die heutigen Mieterrechte und möglichen sozialen Standards für die 830 Wohnungen der Rheinbahn Immobilien GmbH vollumfänglich nachhaltig und rechtssicher zu wahren.

Hierzu zählen u.a. Kündigungsschutz vor Eigenbedarf und wirtschaftlicher Verwertung, Verzicht auf Umwandlungen in Eigentumswohnungen für einen angemessenen Zeitraum, Schutz vor unangemessenen Mieterhöhungen, Ausschluss von Luxusmodernisierungen für Bestandswohnungen.

Eine entsprechende Vereinbarung ausschließlich in einem möglichen Kaufvertrag zwischen dem Verkäufer und dem Käufer ist hier nicht ausreichend, da ein Dritter bei einem möglichen Weiterverkauf der Wohnungen an die Absprachen im Zweifelsfall nicht mehr gebunden ist, wie Beispiele aus der Vergangenheit zeigen.

Die FDP Düsseldorf spricht sich daher dafür aus, dass die Mieterrechte und sozialen Standards in den einzelnen Mietverträgen durch Zusatzverträge aufgenommen werden. Dieses muss Bestandteil des Kaufvertrages sein. Nur auf diesem Weg werden diese Rechte auch bei einem möglichen Weiterverkauf durch den Ersterwerber vollumfänglich gewahrt.

Bei Nicht-Umsetzung, sprich der Fortschreibung der Mieterschutzklauseln in den Mietverträgen durch den Käufer nach Abschluss der Transaktion, muss eine Rückabwicklung bei empfindlichen Vertragsstrafen möglich sein.

Der Antrag wurde angenommen.

Auf dem außerordentlichen Kreisparteitag am 1. September 2012 wurde die Satzung des FDP Kreisverbandes Düsseldorf wie folgt geändert:

SATZUNG DES KREISVERBANDES DÜSSELDORF DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI (FDP), BESCHLOSSEN AUF DEM AUSSERORDENTLICHEN KREISPARTEITAG AM 1. SEPTEMBER 2012

I. ZWECK UND MITGLIEDSCHAFT

§ 1 ZWECK

Der Kreisverband Düsseldorf ist eine Gliederung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen e.V. der Freien Demokratischen Partei im Sinne und nach Maßgabe des § 10 Abs. 1 der Landdatsatzung.

§ 2 RECHTSFORM

Der Kreisverband ist ein Verein, der gem. § 10 Abs. 4 der Satzung des Landesverbandes nicht zum Vereinsregister angemeldet werden darf.

§ 3 MITGLIEDSCHAFT

- 1) Mitglieder der Partei können nur natürliche Personen sein.
- 2) Jeder, der im Geltungsbereich des Parteiengesetzes lebt, kann Mitglied werden, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat, die Grundsätze und die Satzung der Partei anerkennt und ihm nicht durch rechtskräftiges Urteil die Amtsfähigkeit, die Wählbarkeit oder das Wahlrecht aberkannt worden ist.
Die Aufnahme von Ausländern setzt im Regelfall einen Aufenthalt von zwei Jahren im Geltungsbereich des Parteiengesetzes voraus.
- 3) Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der FDP und bei einer anderen mit ihr im Wettbewerb stehenden Partei oder Wählergruppe ist ausgeschlossen. Das gleiche gilt bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in einer ausländischen Partei, Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielen der FDP widerspricht.

§ 4 ERWERB DER MITGLIEDSCHAFT

- 1) Die Mitgliedschaft in der FDP Düsseldorf wird mit der Aufnahme durch den Vorstand des Kreisverbandes erworben.
- 2) Bei Wohnsitzwechsel wird das Mitglied dem für den neuen Wohnsitz zuständigen Kreisverband überwiesen.
- 3) Ausnahmen können auf Antrag des Bewerbers vom Landesvorstand zugelassen werden.
- 4) Über Aufnahmeanträge ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung zu entscheiden.
- 5) Die Ablehnung eines Aufnahmeantrages muss schriftlich erfolgen. Eine Begründung ist nicht erforderlich. Die Mitteilung muss einen Hinweis auf die Rechte nach Abs. 6 enthalten. Sie ist dem Bewerber durch eingeschriebenen Brief zuzustellen.
- 6) Falls der Kreisvorstand nicht innerhalb der Frist des Abs. 4 entschieden oder den Aufnahmeantrag abgelehnt oder gegen die Empfehlung des Ortsverbandes entschieden hat, kann der Bewerber oder der Ortsverband innerhalb von 14 Tagen nach Fristablauf oder Zustellung den Landesvorstand zur Entscheidung anrufen. Der Landesvorstand hat den Kreisverband vor seiner Entscheidung anzuhören.
- 7) Bei Wohnsitzwechsel in das Gebiet eines anderen Kreisverbandes geht die Mitgliedschaft auf diesen Kreisverband über. Hat ein Mitglied mehrere Wohnsitze, bestimmt es selbst, wo es Mitglied ist.
- 8) Das Mitglied hat den Wechsel seines Wohnsitzes unverzüglich seinem bisherigem und dem neuen Kreisverband mitzuteilen.

§ 5 RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER

- 1) Jedes Mitglied hat das **Recht** und die **Pflicht**, im Rahmen dieser Satzung die Zwecke der FDP zu fördern und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei zu beteiligen. **Zu den Pflichten gehört die Beitragszahlung.**
- 2) Mitglieder richterlicher Instanzen sind auch nach Beendigung ihres Amtes zur Verschwiegenheit über die ihnen in Ausübung ihres Amtes bekannt gewordenen Tatsachen und über die Beratung auch gegenüber Parteimitgliedern verpflichtet.

§ 6 BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT

- 1) Die Mitgliedschaft endet durch
 1. Tod
 2. Austritt
 3. Beitritt zu einer anderen, mit der FDP im Wettstreit stehenden Partei oder Wählergruppe.
 4. Beitritt zu einer anderen, mit einer FDP-Fraktion oder parlamentarischen Gruppe der FDP in Wettstreit stehenden Fraktion oder parlamentarischer Gruppe.
 5. Rechtskräftigen Verlust der Amtsfähigkeit, der Wählbarkeit oder des Wahlrechts
 6. Ausschluss
- 2) Bei Beendigung der Mitgliedschaft ist der Mitgliedsausweis zurückzugeben. Ein Anspruch auf Rückzahlung zu viel gezahlter Beiträge besteht nicht.
- 3) Die kommunalen Fraktionen der Partei sind gehalten, ein rechtskräftig ausgeschlossenes oder ein ausgetretenes Parteimitglied aus ihrer Gruppe auszuschließen.

§ 7 ORDNUNGSMASSNAHMEN

- 1) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei und fügt es ihr damit Schaden zu, so kann der Vorstand des Kreisverbandes beim Landesschiedsgericht Ordnungsmaßnahmen nach § 7 Abs. 1 der Landessatzung beantragen.
- 2) In Fällen besonderer Dringlichkeit und schwerwiegender Bedeutung kann der Kreisvorstand durch einen mit Zweidrittelmehrheit gefassten Beschluss Eilmaßnahmen gem. § 24 Abs. 1 der Schiedsgerichtsordnung der Freien Demokratischen Partei anordnen.

- 3) Ein Mitglied kann nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schäden zufügt. Ein Verstoß im Sinne von Satz 1 liegt insbesondere vor bei Verletzung der richterlichen Schweigepflicht, Doppelmitgliedschaft, Verweigerung des Beitritts zur oder Austritt aus der parlamentarischen Gruppe der Partei sowie bei schuldhaft unterlassenen Beitragszahlung.

§ 8 WIEDERAUFNAHME

Ein rechtskräftig ausgeschlossenes Mitglied kann nur mit Einwilligung des Landesvorstandes wieder Mitglied der Partei werden.

II. GLIEDERUNG DES KREISVERBANDES

§ 9 KREISVERBANDSGRENZEN

Die Grenzen des Kreisverbandes decken sich mit dem Gebiet der Landeshauptstadt Düsseldorf.

§ 10 GLIEDERUNG IN ORTSVERBÄNDE

Der Kreisverband kann sich auf Beschluss des Kreishauptausschusses in Ortsverbände gliedern.

III. DIE ORGANE DES KREISVERBANDES

§ 11 ORGANE DES KREISVERBANDES

Organe des Kreisverbandes sind dem Range nach:

1. der Kreisparteitag
2. der Kreishauptausschuss
3. der Kreisvorstand

§ 12 DER KREISPARTEITAG

- 1) Der Kreisparteitag ist das oberste Organ des Kreisverbandes. Er ist als ordentlicher oder außerordentlicher Kreisparteitag einzuberufen.
- 2) Grundsätzlich werden Kreisparteitage als Mitgliederparteitage durchgeführt. Auf Antrag des Kreisvorstandes, der dazu durch einen Mitgliederparteitag ermächtigt sein muss, kann der Landesvorstand in begründeten Ausnahmefällen dem Kreisverband erlauben, Kreisparteitage in Form von Delegiertenparteitagen abzuhalten. Eine erteilte Erlaubnis kann vom Landesvorstand widerrufen werden.
- 3) Der ordentliche Kreisparteitag findet alljährlich im ersten Kalendervierteljahr statt, wenn dem nicht zwingende Gründe entgegenstehen.
- 4) Der ordentliche Kreisparteitag ist vom Vorsitzenden des Vorstandes auf Beschluss des Vorstandes mit einer Frist **von 21 Tagen** unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung schriftlich einzuberufen.
- 5) Ein außerordentlicher Kreisparteitag muss durch den Vorsitzenden des Vorstandes auf Beschluss des Kreisvorstandes oder auf Antrag von zwei Ortsverbänden oder 10 % der Mitglieder, die der Kreisverband im Monat vor dem Einberufungsantrag als beitragspflichtig gemeldet hat, unter Bekanntgabe der Tagesordnung einberufen werden. Die Einberufungsfrist beträgt **10 Tage**.
- 6) Die Schriftform der Einladung kann durch Übersendung in elektronischer Form ersetzt werden, wenn dem Kreisverband eine schriftliche Einwilligung des Mitgliedes mit Angabe der E-Mail-Adresse vorliegt.
- 7) Anträge zum ordentlichen Kreisparteitag können vom Kreishauptausschuss, vom Kreisvorstand, jedem zum Kreisverband gehörenden Ortsverband, jedem im Kreisverband geführten Mitglied sowie vom Kreisverband der JUNGEN LIBERALEN eingebracht werden.
Bei Delegiertenparteitagen tritt an die Stelle des Antragsrechts des Mitgliedes das Antragsrecht eines jeden Delegierten.

- 8) Anträge müssen dem Kreisverband **zehn Tage** vor dem Tagungsbeginn vorliegen. Mindestens drei Tage vor dem Parteitag sollen sie den Mitgliedern bzw. den Delegierten zugehen.
Dringlichkeitsanträge sind zuzulassen, wenn die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder bzw. Delegierten zustimmt. Vor der Abstimmung kann der Antragsteller die Dringlichkeit begründen.
- 9) Die Tagesordnung des ordentlichen Kreisparteitages hat in jedem Jahr vorzusehen:
1. den Geschäftsbericht und den politischen Rechenschaftsbericht des Vorstandes
 2. den nach den Vorschriften des Parteiengesetzes aufgestellten und geprüften Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters und seine Genehmigung
 3. In jedem zweiten Jahr hat die Tagesordnung weiter vorzusehen:
 4. die Entlastung des Kreisvorstandes
 5. die Wahl der Organe des Kreisverbandes
 6. die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag gem. § 15 Abs. der Landessatzung und zum Landeshauptausschuss gem. § 18 Abs. 1 Nr. 2 der Landessatzung sowie zum Bezirksparteitag
 7. die Wahl der Mitglieder des Kreishauptausschusses
 8. die Wahl von zwei Rechnungsprüfern und deren Stellvertretern
- 10) Die Wahlen zu Abs. 9 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 sind schriftlich und geheim. Abschnitt III der Geschäftsordnung zur Landessatzung gilt entsprechend.

§ 13 TEILNAHME UND STIMMRECHT

- 1) Kreisparteitage sind öffentlich. Durch Vorstandsbeschluss kann in notwendigen Fällen die Teilnahme auf die Parteimitglieder beschränkt werden. Soll dieser Beschluss für den ganzen Parteitag gelten, so muss er in der Einladung mitgeteilt werden. Durch Beschluss des Parteitages kann jederzeit die Öffentlichkeit wieder hergestellt werden.
Durch Beschluss des Parteitages kann die Öffentlichkeit für den ganzen Parteitag oder einzelne Beratungspunkte ausgeschlossen werden.
- 2) Auf Mitgliederparteitagen sind stimmberechtigt alle Mitglieder des Kreisverbandes, soweit sie am Kreisparteitag mit der Beitragszahlung nicht mehr als drei Monate im Rückstand sind. Das Stimmrecht kann nicht übertragen werden.
- 3) Auf Delegiertenparteitagen sind die Delegierten der Ortsverbände stimmberechtigt, die mit der Beitragszahlung gegenüber dem Kreisverband nicht mehr als drei Monate im Rückstand sind. Die Delegierten und die Ersatzdelegierten werden von den Ortsverbänden für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Auf je angefangene zehn Mitglieder entfällt ein Delegierter.

§ 14 GESCHÄFTSORDNUNG DES KREISPARTEITAGES

- 1) Der Kreisparteitag wird von einem aus drei Personen bestehenden Präsidium geleitet, das der Kreisparteitag zu Beginn wählt.
- 2) Ein ordnungsgemäß einberufener Kreisparteitag ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben, wenn die Hälfte der bei Beginn des Parteitages festgestellten Zahl der anwesenden Mitglieder unterschritten wird. Wird das Stimmrecht durch Delegierte wahrgenommen, muss zur Beschlussfähigkeit mindestens die Hälfte der Delegierten anwesend sein.
- 3) Die Feststellung der Beschlussfähigkeit kann von einem Drittel der noch anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer beantragt werden.
- 4) Sämtliche Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht satzungsmäßig etwas anderes bestimmt ist.
Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 15 DER KREISHAUPTAUSSCHUSS

- 1) Der Kreishauptausschuss ist die ständige Vertretung des Kreisparteitages. Er nimmt zu allen grundsätzlichen Fragen politischer und organisatorischer Art Stellung. Die

Beschlüsse sind verbindlich, wenn sie nicht von einem Kreisparteitag aufgehoben oder geändert werden.

- 2) Der Kreishauptausschuss ist vom Kreisvorsitzenden mindestens zweimal jährlich mit einer Frist von **sieben Tagen** einzuberufen. Zusätzliche Sitzungen sind vom Kreisvorsitzenden einzuberufen, wenn dies vom Kreisvorstand beschlossen oder von mindestens zwei Ortsverbänden schriftlich beim Kreisvorstand beantragt wird. Einem solchen Beschluss oder Antrag muss der Kreisvorsitzende innerhalb von **zwei Wochen** nachkommen.
- 3) Der Kreishauptausschuss wird vom Kreisvorsitzenden oder einem anderen Mitglied des Kreisvorstands geleitet.
- 4) Der Kreishauptausschuss ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- 5) Der Kreishauptausschuss tagt parteiöffentlich. Er kann mit Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder die Parteiöffentlichkeit für einzelne Beratungsgegenstände oder für die ganze Sitzung ausschließen.
- 6) Der Kreishauptausschuss besteht aus:
 1. dem Kreisvorstand gem. § 16. Abs. 2
 2. je einem Mitglied jedes Ortsverbandes, das dieser dem Kreisparteitag zur Wahl vorschlägt, welches Mitglied der FDP sein muss, auf deren Vorschlag. Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, darf der Ortsverband nur einmal einen anderen Kandidaten vorschlagen. Wird auch dieser nicht gewählt, erhöht sich die Zahl der nach 3. zu wählenden Mitglieder.
 3. 33 weiteren Mitgliedern. Ihre Wahl erfolgt nach der Wahl der Mitglieder zu 2. in einem gesonderten Wahlgang durch den Kreisparteitag.
 4. einem vom Kreisverband der JUNGEN LIBERALEN gewählten Mitglied, das Mitglied der Partei sein muss
 5. den Mitgliedern des Bundes- und des Landesvorstandes, soweit sie dem Kreisverband angehören
 6. den Mitgliedern des Europäischen Parlamentes, der Bundestags- und Landtagsfraktion sowie den Mitgliedern der Landschaftsversammlung, soweit sie im Kreisverband Mitglied sind. Das gilt auch für Bundes- und Landesminister.

Mit beratender Stimme gehören dem Kreishauptausschuss an:

7. die übrigen Mitglieder der Ratsfraktion der Landeshauptstadt Düsseldorf,
8. die Vorsitzenden der Arbeitskreise des Kreisverbandes

§ 16 DER KREISVORSTAND

- 1) Der Kreisvorstand führt die laufenden Geschäfte des Kreisverbandes.
- 2) Der Kreisvorstand besteht aus:
 1. der/m Kreisvorsitzende/n
 2. den zwei Stellvertretern
 3. dem Schatzmeister
 4. dem Schriftführer
 5. bis zu vier Beisitzern
 6. kraft Amtes dem Vorsitzenden der FDP im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.
- 3) Ein weisungsgebundenes Mitglied der Kreisgeschäftsstelle der Partei darf nicht zugleich Mitglied des Kreisvorstandes sein.
- 4) Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so wird die Nachwahl vom nächstfolgenden Kreisparteitag vorgenommen. Die so nachgewählten Personen führen ihr Amt nur für den bleibenden Rest der Amtszeit des Kreisvorstandes.
Scheidet der Schatzmeister aus seinem Amt aus, so bestellt der Kreisvorstand unverzüglich kommissarisch einen neuen Schatzmeister aus den vorhandenen Mitgliedern des Vorstandes.

§ 17 EINBERUFUNG DES KREISVORSTANDES

- 1) Der Kreisvorstand wird vom Kreisvorsitzenden einberufen.

- 2) Ein Drittel der Vorstandsmitglieder kann seine Einberufung verlangen. In diesem Fall muss die Einberufung binnen einer Woche erfolgen.

§ 18 EHRENVORSITZENDE

Der Kreisparteitag kann auf Vorschlag des Kreisvorstands Ehrenvorsitzende wählen.

IV. BEWERBERAUFSTELLUNGEN FÜR DIE WAHLEN ZU KOMMUNALENVERTRETUNGEN DER KREISE UND KREISFREIEN STÄDTE

§ 19 GELTUNG DER WAHLGESETZE UND DER SATZUNG

Für die Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze und der Satzung des Landesverbandes.

§ 20 KANDIDATENAUFSTELLUNGEN UND WAHL VON RESERVELISTEN

- 1) Für die Kandidatenaufstellung und Wahlen von Reservelisten sind entsprechende Kreiswahlversammlungen einzuberufen.
- 2) Die Kreiswahlversammlung entscheidet in geheimer Abstimmung über die Kandidatenaufstellung und Reservelisten bei Kommunalwahlen. Sie entscheidet ebenso über die Aufstellung von direkten Kandidaten für die Landtagswahlen und Bundestagswahlen, wenn nicht durch die Zusammengehörigkeit mehrerer Kreisverbände zu einem Wahlgebiet eine Entscheidung im Zusammenwirken mit anderen Kreisverbänden getroffen werden muss.
- 3) Ist die Aufstellung der Kandidaten und die Bildung der Reserveliste beschlossen und treten vor dem Termin zur Einreichung der Wahlvorschläge Änderungen durch Wegfall von Bewerbern ein, so kann die Ladungsfrist für die Ersatzwahl auf 24 Stunden abgekürzt werden.
- 4) Die Kreiswahlversammlung wählt die Bewerber für die Listen zu den Bezirksvertretungen gem. § 46 a Kommunalwahlgesetz. Die im Stadtbezirk wohnenden Mitglieder bzw. der für den jeweiligen Stadtbezirk zuständige Ortsverband haben vorab ein Vorschlagsrecht.
- 5) Die Kreiswahlversammlung kann durch Beschluss das Recht der Listenaufstellung für die Bezirksvertretungen auf die jeweils zuständigen Ortsverbände übertragen.

V. ARBEITSKREISE

§ 21 ARBEITSKREISE

- 1) Der Kreisvorstand kann nach Bedarf zur Bearbeitung von politischen oder organisatorischen Parteiaufgaben die Bildung von Arbeitskreisen sowie deren Auflösung beschließen.
- 2) § 28 der Landessatzung und die Geschäftsordnung für Landesfachausschüsse gelten sinngemäß.

VI. FINANZORDNUNG

§ 22 ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Die Partei deckt ihre Aufwendungen durch Mitgliedsbeiträge, Sonderbeiträge, Umlagen, Aufnahmegebühren, Spenden, Erträge aus Vermögen, Veröffentlichungen, Einnahmen aus Veranstaltungen sowie durch sonstige Einnahmen.

§ 23 BEITRAGS- UND FINANZORDNUNG

Der Kreisparteitag kann eine Beitrags- und Finanzordnung beschließen. Im Übrigen gilt die Finanz- und Beitragsordnung des Landesverbandes in der jeweils gültigen Fassung.

§ 24 BEITRÄGE, KASSENWESEN

- 1) Verantwortlich für die Einziehung und Verwaltung der Beiträge und sonstigen Einnahmen ist der Kreisvorstand.

- 2) Auf Beschluss des Kreishauptausschusses kann dieses Recht auf die Ortsverbände übertragen werden. Der Kreishauptausschuss setzt den Anteil des Aufkommens fest, der an den Kreisverband abzuführen ist.
- 3) Die Abführung der Beitragsanteile an den Landesverband nach § 32 Abs. 1 der Landessatzung ist Aufgabe des Kreisvorstands.

§ 25 BUCHFÜHRUNG UND KASSENPRÜFUNG

- 1) Der Kreisverband ist zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
- 2) Der Kreisschatzmeister hat insbesondere für sichere Belege sowie für ordnungsgemäße Buch- und Belegprüfung im Kreisverband Sorge zu tragen. Der Kreisschatzmeister ist dafür verantwortlich, dass die Beschlüsse des Kreisvorstands hinsichtlich der Bewegung der Gelder befolgt werden. Er ist verpflichtet, jedem einzelnen der vom Kreisparteitag gewählten Rechnungsprüfer jederzeit vollen Einblick in die Buch- und Rechnungsbelege sowie in die Geldbestände zu gewähren, soweit der Rechnungsprüfer dies für erforderlich hält.
- 3) Am Schluss eines jeden Geschäftsjahres ist von den zwei Rechnungsprüfern die Kassen- und Rechnungsführung des Kreisverbandes sachlich und formal zu prüfen. Die Rechnungsprüfer werden durch den Kreisparteitag für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie dürfen dem Kreisvorstand nicht angehören und sind, wenn sie Mitglieder des Kreishauptausschusses sind, in finanziellen Angelegenheiten nicht stimmberechtigt. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Rechnungsprüfern zu unterschreiben und unverzüglich von ihnen dem Kreisvorstand vorzulegen ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.
- 4) Der Kreisvorstand ist berechtigt, Finanzgebaren und Kassenverhältnisse bei den Ortsverbänden durch von ihm Beauftragte überprüfen zu lassen.

§ 26 GESCHÄFTSJAHR

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

VII. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN, SATZUNG

§ 27 LANDESVERBAND UND KREISVERBÄNDE

- 1) Der Kreisverband ist verpflichtet, alles zu tun, um die Einheit der Partei zu sichern, sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung oder das Ansehen der Partei richtet.
- 2) Bei Wahlen bedürfen Listenverbindungen mit anderen Parteien oder Wählergruppen der vorherigen Zustimmung des Landesvorstandes.
- 3) Der Kreisvorstand ist verpflichtet, die Rechte des Landesvorstandes gemäß § 11 der Landessatzung zu gewährleisten.

§ 28 AMTSDAUER

- 1) Die Wahl der Mitglieder des Kreishauptausschusses und des Kreisvorstandes erfolgt jeweils für die Zeit von zwei Jahren. Die Amtszeit dauert jedoch in jedem Fall bis zum ordentlichen Parteitag im zweiten Jahr.
- 2) Mindestens ein Drittel der Mitglieder eines Kreisverbandes kann einen Misstrauensantrag gegen den Vorstand seines Kreisverbandes stellen. Der Antrag ist schriftlich zu begründen. Er ist auf einem zu diesem Zweck einzuberufenden a.o. Kreisparteitag zu behandeln. Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der Antragsberechtigten ist die Mitgliederzahl, die der Kreisverband in dem Monat vor dem Misstrauensantrag über den Bezirksverband an den Landesverband als beitragspflichtig gemeldet hat.
- 3) Spricht ein nach Abs. 2 einberufener Kreisparteitag dem Vorstand mit Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen das Misstrauen aus, so ist damit dessen Amtszeit beendet. Der Kreisparteitag wählt in derselben Sitzung einen neuen Vorstand.
- 4) Die Amtsdauer eines so gewählten Vorstandes gilt nur bis zu dem nach den Bestimmungen des § 12 Abs. 3 abzuhaltenden nächsten ordentlichen Kreisparteitag, auf dem die Wahlen vorgenommen werden.

§ 29 SATZUNG

- 1) Der Landeshauptausschuss beschließt gemäß § 10 Abs. 5 der Landessatzung die für die Gliederungen des Landesverbandes verbindlichen Rahmensatzungen.
- 2) Der Kreisparteitag kann ergänzende Regelungen und Änderungen dieser verbindlichen Rahmensatzung nur für die dispositiven Bestimmungen beschließen.
- 3) Die Satzung, die Geschäftsordnung, die Finanzordnung und die Beitragsordnung der Bundespartei und die Satzung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen sowie die Schiedsgerichtsordnung der Freien Demokratischen Partei sind Bestandteil der Satzung des Kreisverbandes Düsseldorf und gehen ihr vor, wobei die Satzung der Bundespartei wiederum der Landessatzung vorgeht.

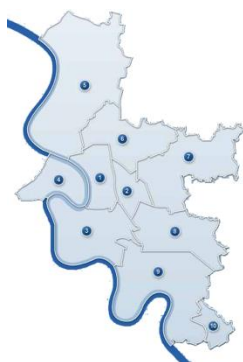
§ 30 INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt mit Beschluss des außerordentlichen Kreisparteitages vom 1. September 2012 am 1. Oktober 2012 in Kraft.

5. FDP Ratsfraktion

Der Bericht erfolgt separat.

6. Ortsverbände



Die Ortsverbände führten zahlreiche Veranstaltungen, wie z. B. Mitgliederversammlungen mit ortsbezogenen kommunalpolitischen, aber auch anderen Themen, Führungen, Gänseessen, liberale Stammtische, Sommerfeste usw. durch.

Im Berichtsjahr fand in einem von neun Ortsverbänden Vorstandswahlen statt. Wir gratulieren dem alten und neuen Ortsvorsitzenden Michael Latka zur Wiederwahl. Wir gratulieren Sebastian Rehne zur Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung des Stadtbezirkes 1 der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Die Vorsitzenden der Ortsverbände:

- OV 1 Sebastian Rehne
- OV 2 Helmut Bärsch
- OV 3 Michael Latka
- OV 4 Paul Haße
- OV 5 Dr. Mathias Röhl
- OV 6 Dietmar Schäfer
- OV 7 Ingo Denzel
- OV 8 Arnold Rive
- OV 9/10 Thomas Nicolin

7. Junge Liberale

Der Kreisvorstand der JuLis hat sich im vergangenen Amtsjahr seit dem ordentlichen Kreiskongress am 16. November 2012 wie folgt zusammengesetzt:



- Sascha Henrich (JuLi-Kreisvorsitzender)
- Dr. Daniel Brzoza (stellv. JuLi-Kreisvorsitzender für Programmatik)
- Cord C. Schulz (stellv. JuLi-Kreisvorsitzender für Organisation)
- Bodo Schadrack (Schatzmeister)
- David Pogatzki (Pressesprecher)
- Albert Meinke (Beisitzer)
- Lars Becker (Beisitzer)
- Joshua Hruzik (Beisitzer)
- Julian Deterding (Beisitzer)

In den Kreisvorstand kooptiert sind derzeit Rainer Matheisen und Mirko Rohloff in ihrer Funktion als Mitglieder des Stadtrates, ferner Katharina Kloke als Leiterin des Landesarbeitskreises Innen und Recht.

Für die JuLis ist Sascha Henrich in den Kreisvorstand der FDP Düsseldorf kooptiert. Im Vorstand des Bezirksverbandes sind die JuLis Düsseldorf mit Sascha Henrich (Stellv. Vorsitzender) und David Pogatzki (Beisitzer) vertreten. Dr. Daniel Brzoza (Vorstand) und Albert Meinke vertreten die JuLis beim Ring der Politischen Jugend Düsseldorf.

Veranstaltungen und Aktionen

In regelmäßiger Folge fanden unsere Stammtische und Mitgliederversammlungen statt. Zurzeit findet der Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat im „Nuco“ auf der Kronenstraße, die Mitgliederversammlung jeden vierten Donnerstag im Monat in der Kreisgeschäftsstelle statt. Beide Veranstaltungen beginnen um 19:30 Uhr.

Im Juni 2012 fand erstmals ein JuLi-Forum in Zusammenarbeit mit einem Ortsverband der FDP statt. Als Gast konnten sie den Vizepräsidenten des Europäischen Parlamentes Alexander Alvaro MdEP begrüßen. Ein Sommerfest fand im Juli 2012 statt. Im Dezember 2012 haben sie gemeinsam mit dem JuLi-Bezirksverband in Düsseldorf eine Weihnachtsfeier ausgerichtet und ein zweites Forum mit dem FDP-Bundesschatzmeister Otto Fricke MdB veranstaltet.

Wahlkampf



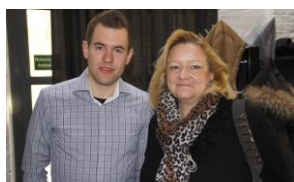
Sascha Henrich

Die JuLis haben den Landtagswahlkampf der FDP Düsseldorf nach Kräften unterstützt. Dazu wurden u.a. sechs zentrale Wahlkampfstände am Carsch-Haus, ein Wahlkampfstand am Unterbacher See, drei Infostände zum Ladenschluss, zwei nächtliche Aktionen in der Altstadt sowie eine Podiumsdiskussion durchgeführt, mehrere tausend Kandidatenbriefe an Bürgerinnen und Bürger verteilt und in der Nacht vor der Wahl hunderte Türanhänger in verschiedenen Stadtteilen angebracht. Mit Rainer Matheisen haben die JuLis in einem der vier Düsseldorfer Wahlkreise den FDP-Kandidaten gestellt. Im Ergebnis hat die FDP mit 12,7% der Stimmen in Düsseldorf ihr bestes Ergebnis seit 1954 erreicht. In neun Stadtteilen erreichte sie mehr als 20%. In Niederkassel, Carlstadt und Oberkassel ist sie

zweitstärkste Kraft geworden.

Programmatik

Vier programmatische Beschlüsse wurden gefasst und im FDP-Kreisverband behandelt. Die FDP-Ratsfraktion hat auf Initiative der Jungen Liberalen eine Anfrage und zwei Anträge in den Rat eingebracht.



Sascha Henrich, Gisela Piltz MdB

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Es wurden vier Pressemitteilungen herausgegeben. Die Rheinische Post berichtete in zwei Fällen. Die Homepage wurde auf ein neues System umgestellt.

Mitglieder

Mit Stand zum 01. November 2012 haben die Jungen Liberalen Düsseldorf 117 Mitglieder.

8. Geschäftsstelle

In die Zuständigkeit der Geschäftsstelle fallen alle organisatorischen Arbeiten des Kreisverbandes sowie die Beitragsstellung und Betreuung der Mitglieder.

Von der Geschäftsstelle, unter der Leitung von Margitha Rauchbach, wurden alle Veranstaltungen vorbereitet und organisiert. Die „Liberalen Nachrichten“ erscheinen zusammen mit dem Terminkalender monatlich.

9. Frauen im Kreisverband

Der Kreisverband Düsseldorf hat im Berichtsjahr 131 Frauen als Mitglieder, das sind 23,39 % (2011 = 23,5 %). Davon sind

- 2 Frauen im Bezirksvorstand
- 1 Frau im Landesvorstand
- 1 Frau im Bundesvorstand
- 3 Frauen im Kreisvorstand
- 4 Frauen im Rat
- 6 Frauen in den Bezirksvertretungen
- 8 Frauen in Ortsvorständen
- 14 Frauen Mitglieder des Kreishauptausschusses
- 10 als Delegierte zum Bezirksparteitag
- 4 als Delegierte zum Landesparteitag
- 2 als Delegierte zum Bundesparteitag
- 4 als Delegierte Landeswahlversammlung
- 7 als Delegierte Landesvertreterversammlung
- 2 als Delegierte Landeshauptausschuss
- 6 Sachkundige Bürgerinnen

10. lib'elle

Der liberale Gesprächskreis für Frauen „lib'elle“, Leitung Suzanne Oetker - Von Franquet und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, führte im Rahmen seiner parteiübergreifenden Vorfelddarbeit im Berichtsjahr drei Veranstaltungen durch:



- „Energieversorgung im 21. Jahrhundert“ – Woher bekommt Düsseldorf zukünftig Strom? Referent: Dr. Udo Brockmeier, Vorstandsvorsitzender Stadtwerke Düsseldorf AG
- „Wirtschaftsfaktor Neuss-Düsseldorfer Häfen“ – Logistik im Rheinland – Entwicklungspotentiale für unsere Region. Referent: Rainer Schäfer, Geschäftsführer der Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH & Co. KG
- Schiffsrundfahrt durch die Neuss-Düsseldorfer Wirtschaftshäfen. Führung durch Rainer Schäfer, Geschäftsführer der Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH & Co. KG

Die genannten Veranstaltungen wurden aus Spenden finanziert und jeweils von gut 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Die Organisation erfolgte ehrenamtlich.

11. Arbeitskreise

Im vergangenen Jahr arbeiteten die Arbeitskreise weiterhin erfolgreich. AK-Leiter und Kreisvorstand trafen sich regelmäßig, um sich auszutauschen. Jeder Arbeitskreis hat einen festen Ansprechpartner im Kreisvorstand, an den er sich bei Fragen und Problemen wenden kann. Jeder ist herzlich willkommen, in den verschiedenen Arbeitskreisen mitzuarbeiten und sich einzubringen.

Die Arbeitskreise haben im Berichtsjahr regelmäßig getagt. Im Folgenden die einzelnen sieben Arbeitskreise mit ihren Leitern und Betreuern des Kreisvorstandes:

Arbeitskreis	Leitung	Betreuung
Kultur/Medien	Dr. Veronika Dübgen	Michael Dimitrov Ulf Montanus
Schule/Jugend/Soziales	Oliver Zengoski	Jan Matthes
Wirtschaft/Finanzen/Steuern	Kerstin Treiber Helmut Bärsch	Dr. Gerhard Hansen
Datenschutz/Freiheit/Sicherheit	Jan Matthes	Gisela Piltz Ulf Montanus
Gesundheitspolitik	Stephan Porten	Michael Dimitrov
Städtebauliche Entwicklung/Verkehr	Matthias Heide	Manfred Neuenhaus
Vision „Düsseldorf 2025“	Alexander Führer	

Die Berichte der einzelnen Arbeitskreise:



Kultur / Medien

Der Arbeitskreis Kultur und Medien veranstaltete vier Arbeitskreissitzungen mit den Schwerpunktthemen „Arbeitsweise und Struktur von Düsseldorfer Kulturinstitutionen“, „Aktuelle kulturpolitische Themen in Kulturausschuss und Rat“ und „Beratung über kommunalpolitische Wahlkampfrelevanz“.

Dr. Veronika Dübgen



Schule/Jugend/Soziales

Unter der neuen Leitung von Oliver Zengoski fanden im Arbeitskreis Schule, Jugend und Soziales drei Treffen statt.

Oliver Zengoski



Wirtschaft / Finanzen / Steuern

„Weitere Sparmöglichkeiten“ war eins der Themen der regelmäßigen Treffen des Arbeitskreises Wirtschaft, Steuern und Finanzen. Kerstin Treiber und Helmut Bärsch übernahmen die Leitung des Arbeitskreises.

Kerstin Treiber und Helmut Bärsch



Gesundheitspolitik

Das Forum Gesundheitspolitik befasste sich u.a. mit folgenden Themen:

- „Die Zukunft der ärztlichen Versorgung in Düsseldorf“ mit einem Besuch bei der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein
- Fachgespräch „Gesundheitspolitik in Düsseldorf“, Gast: Gesundheitsdezernent Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke

Stephan Porten



Städtebauliche Entwicklung / Verkehr

Im Arbeitskreis Städtebauliche Entwicklung und Verkehr fand ein Arbeitstreffen statt.

Matthias Heide



Vision Düsseldorf „2025“

Unter der Leitung von Alexander Führer traf sich der Arbeitskreis Vision Düsseldorf 2025 zweimal.

Alexander Führer

